

Konjunkturtheorien im Vergleich:

Angebotsorientierung – Monetarismus (Neoliberalismus) /

Nachfrageorientierung – Keynesianismus

1) Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik - Keynesianismus

Als Keynesianismus bezeichnet man eine *Denkrichtung innerhalb der Volkswirtschaftslehre*, die sich aus der Wirtschaftslehre des Nationalökonomen Keynes und der von ihm an der Neoklassik geübten Kritik entwickelt hat.

Der Keynesianismus erlangte nach dem Zweiten Weltkrieg weite Verbreitung in der volkswirtschaftlichen Theorie, aber auch in der praktischen Politik vieler Länder, und stellte bis Anfang der 1970er-Jahre die vorherrschende volkswirtschaftliche Lehrmeinung dar.

Der Keynesianismus hält eine Marktwirtschaft für instabil. Vertreter des Keynesianismus fordern daher Interventionen des Staates in den Wirtschaftsprozess, um durch wirtschaftspolitische Maßnahmen das reale Wirtschaftswachstum anzukurbeln und Vollbeschäftigung zu erreichen. Im Gegensatz zu monetaristischen Empfehlungen, die den Schwerpunkt auf die stabilisierenden Wirkungen einer mittelfristig orientierten Geldpolitik legen, wollen Keynesianer den gesamten „Instrumentenkasten“ staatlicher Wirtschaftspolitik nutzen und fordern insbesondere auch einen antizyklischen Einsatz der Fiskalpolitik (Einnahmen – Ausgaben des Staates).

Hilfspaket in der CORONA-Krise sind fiskalpolitische Maßnahmen und haben starke Nachfrageorientierung.

Keynessche Wirtschaftslehre

Keynes legte mit seinem 1936 veröffentlichten Buch „A General Theory of Employment, Interest and Money“ den *Grundstein für einen Paradigmen-Wechsel in der Nationalökonomie*, der von späteren Interpreten als wissenschaftliche „Revolution“ beschrieben wurde.

Das wissenschaftliche Werk von Keynes, das in erster Linie als eine Kritik der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts der Neoklassik und der von ihr geforderten minimalistischen Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess anzusehen ist, wird bis heute *kontrovers diskutiert*. Der Meinungsstreit entzündet sich jedoch bis heute an den von Keynes vorgetragenen Überlegungen zur Erklärung von Wirtschaftskrisen und seinen daraus abgeleiteten Empfehlungen zu ihrer Überwindung.

In seinen Arbeiten, die ganz unter dem Eindruck der „Großen Depression“ entstanden, argumentiert Keynes, dass eine Marktwirtschaft offensichtlich nicht so funktioniert, wie es sich

die Nationalökonominnen in ihren Theorien vorgestellt haben. Seinem eigenen neuen Erklärungsansatz zufolge ist Arbeitslosigkeit keineswegs - wie bei den Klassikern noch - eine eher zufallsbedingte Abweichung vom Normalzustand der Vollbeschäftigung, die sich aufgrund der „Selbstheilungskräfte“ des Marktes vergleichsweise rasch und ohne staatliches Zutun ganz von allein wieder einstellen werde. Dem von ihm heftig kritisierten Sayschen Theorem der Klassiker stellt er sein *Konzept der gesamtwirtschaftlichen Endnachfrage* entgegen, wobei er als dessen instabiles und bei allgemeiner wirtschaftlicher Unsicherheit sogar völlig unberechenbares Element die Investitionsnachfrage der Unternehmen ausmacht. Auf diese Weise begründet Keynes, dass eine Marktwirtschaft bei pessimistischen Zukunftserwartungen und nach unten vergleichsweise starren Löhnen in einen Zustand mit hoher Arbeitslosigkeit geraten kann, aus dem es erst vergleichsweise spät (oder nie) eine Erholung aus eigener Kraft geben wird.

Bei der Suche nach geeigneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen billigte Keynes zwar einer expansiven Geldpolitik durchaus Bedeutung zu, die Investitionen durch niedrige Zinsen zu stimulieren. Bei wirtschaftlicher Unsicherheit und pessimistischen Erwartungen sah er aber letztlich die staatliche Fiskalpolitik als wirksamstes Mittel an, um vergleichsweise rasche und starke Effekte auf Einkommen und Beschäftigung zu ermöglichen.

Wirtschaftspolitisches Programm

Den skizzierten Zielvorstellungen und Überlegungen entsprechend forderte Keynes und fordern Vertreter des Keynesianismus noch heute in krassem Gegensatz zu Vorstellungen der Klassiker und der Neoklassik eine aktive Rolle des Staates, der ihrer Auffassung nach in den wirtschaftlichen Prozess eingreifen muss, wenn die Selbstheilungskräfte des Marktes versagen. Keynes empfahl dafür in einer anhaltenden Rezession mit Massenarbeitslosigkeit eine *expansive Fiskalpolitik* mit zusätzlichen Staatsausgaben, die durch zusätzliche Kreditaufnahme des Staates zu finanzieren sind, um auf diese Weise Investition, Einkommen, Konsum und gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu steigern.

Keynes war sich allerdings auch bewusst, dass staatliche Kreditfinanzierung von zusätzlichen Ausgabenprogrammen in der Rezession eine höhere Staatsverschuldung bedingt, die mittelfristig durch entsprechende Haushaltsüberschüsse und Tilgung der neu entstandenen Staatsverschuldung im Boom kompensiert werden muss.

2) Neoklassik– Monetarismus und angebotsorientierte Theorie

Die Neoklassiker sind der Ansicht, es gebe keine Wirtschaftskrisen (Saysches Theorem). Wenn es doch welche gebe, dann seien sie kurzfristige Reinigungskrisen oder durch exogene Faktoren verursacht. Hierbei halten sie die staatliche Wirtschaftspolitik für eine Hauptursache, besonders den Keynesianismus, und zu hohe Lohnforderungen der Gewerkschaften.

Die Monetaristen (Milton Friedman und die Chicago Boys)

Die Monetaristen sind der Ansicht, dass es eine **Preisniveaustabilität** geben muss, d.h. Gütermenge und Geldmenge wachsen gleich stark. Dieses Ziel soll erreicht werden, indem die Zentralbank versucht, mit ihren geldpolitischen Instrumenten die Geldmenge so zu steuern, dass sie sich am Wachstumspotential der Wirtschaft orientiert.

Die Idee des Monetarismus

Der angebotsorientierte Ansatz sieht das Problem in der **Wachstumsschwäche** (durch zu geringe Investitionen wegen Störung der Angebotsseite) und haben Wachstum und Preisniveaustabilität als Ziel. Weiterhin will diese Theorie auch die **Störungen der Angebotsseite abbauen**. Dieses soll erstens durch eine **Stärkung des Marktes** erfolgen. Der Sozialstaat soll abgebaut werden.

Die Rolle des Staates

Der Staat soll nicht intervenieren (z.B. Wohnungsmarkt: Der Mindestspiegel hält die Mieten künstlich niedrig, das führt zu einem Unterangebot von Mietwohnungen). Und der Staat soll nicht subventionieren (z.B. Agrarmarkt: Die Subventionen erhöhen künstlich die Einnahmen der Produzenten, das Angebot wird größer als die Nachfrage → Butterberg). Zweitens sollen die **Investitionen gefördert** werden durch den Abbau von bürokratischen Hemmnissen wie z.B. Genehmigungsverfahren und Umweltschutzmaßnahmen. Das Steuersystem soll Innovationen und Investitionen fördern. Drittens soll der **Staatshaushalt stabil gehalten** werden. Man soll auf den Einsatz von Fiskalpolitik zur Konjunktursteuerung verzichten, um eine Stabilisierung der Erwartungen zu erreichen.

Vergleich zu Keynesianismus

Während Keynes sich hauptsächlich darauf beschränkt, die Nachfrageseite zu stärken, legt der Neoliberalismus das Hauptaugenmerk auf die Stärkung der Angebotsseite. Er lehnt ein großräumiges Eingreifen des Staates ab. Keynes dagegen sieht die einzige Möglichkeit, eine Krise zu bekämpfen, in dem Eingreifen des Staates durch Finanzierung.

Kritik am Neoliberalismus

1. Die ökonomische Wirksamkeit bestimmter **Maßnahmen** ist zweifelhaft. Die Förderung des Angebotes durch Steuersenkungen, es liegt im Ermessen der Unternehmer, ob sie die Förderung zu Investitionen nutzen oder nicht. (in Beispiel gefasst: ein Unternehmer hat 25 Maschinen; davon laufen nur 20 wegen zu geringer Nachfrage; die Maßnahmen der angebotsorientierten Theorie führen zu niedrigen Steuern für den Unternehmer, zu geringeren Lohnkosten und niedrigen Zinsen: der Unternehmer wird sich darüber zwar freuen, aber er wird bestimmt keine 26. Maschine anschaffen).
2. Die Maßnahmen streben die Ziele Wachstum und Preisniveaustabilität an. Sie vernachlässigen und gefährden dabei wesentliche andere ökonomische Ziele (Vergleiche Problem des **magischen Vierecks**).
3. **Soziale Gerechtigkeit:** Es kommt zu einer Umverteilung der Einkommen. Die Masseneinkommen sinken, die privaten Gewinne steigen. Sozialleistungen sollen eingeschränkt werden. Streichung von Subventionen kann zu sozialen Härten führen.
4. **Güterversorgung:** Verschlechterung bei der Versorgung mit öffentlichen Gütern wie intakte Umwelt, öffentliche Verkehrsmittel, Post. Privatisierung führt dabei zu steigenden Preisen und sozialen Unverträglichkeiten bzw. zur Vernachlässigung unrentabler Bereiche. Umweltauflagen werden zu bürokratischen Hemmnissen der Produktion.